



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. Juni 1987
7. Jahrgang, S. 80–97
ISSN 0177–1868

6

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	80, 94
Verjährung von vorvertraglichen Schadenersatzansprüchen gegen Wirtschaftsprüfer, § 51 a WPO	81
– Grundsatzurteil des BGH	
– Berufsbild des WP und Treuhandtätigkeit (BGH Ur. v. 11. 3. 87 – IVa ZR 290/85)	
Provisionszahlungen an Steuerberater	84
– Herausgabepflicht	
– Zahlung der Provision an Stroh Männer bzw. sonstige Dritte	
– Weiterführende Hinweise zu Provisionszahlungen an Steuerberater (BGH Ur. v. 1. 4. 87 – IVa ZR 211/85)	
Haftung des Treuhänders	89
– Treuhandkommanditistin einer Publikums-KG	
– Steuervorteile nach dem Entwicklungshilfesteuergesetz (LG Augsburg Ur. v. 3. 12. 1986 – 2 O 601/84)	

GI Leitsätze

Beweislast für unterlassene Beratung

am Beispiel eines Rechtsbeistandes und Wirtschaftsberaters.

Der Grundsatz, daß derjenige, der einen zur umfassenden Belehrung und Aufklärung Verpflichteten auf Schadenersatz in Anspruch nimmt, weil dieser seine Pflichten nicht gehörig erfüllt habe, für dieses Unterlassen die Beweislast trägt, gilt auch gegenüber einem Rechtsbeistand und Wirtschaftsberater, der im Rahmen eines Sanierungsauftrags die umfassende rechtliche und betriebswirtschaftliche Beratung des Unternehmers bei der Gründung einer Auffanggesellschaft übernommen hat.
(BGH Ur. v. 2.4.87 – IX ZR 68/86)

Vgl. zur Frage der Beweislast für Regreßansprüche gegen Steuerberater GI 1987, 66.

Steuerrecht

– Nutzungsüberlassung eines PKW an Sozietät

Eine steuerlich beachtliche Nutzungsüberlassung liegt nicht vor, wenn ein an einer Sozietät beteiligter Anwalt der Sozietät seinen PKW, den er ausschließlich selbst nutzt, gegen Entgelt „zur Nutzung überläßt“. Der Gesellschafter wird im Hinblick auf die Nutzung seines PKW nicht unternehmerisch tätig und kann daher die mit dem Betrieb des PKW zusammenliegenden Vorsteuern nicht abziehen.

(FG Rheinland-Pfalz Ur. v. 18.8.1986 – 2 K 131 – rechtkr.)

Verjährung von vorvertraglichen Schadenersatzansprüchen gegen Wirtschaftsprüfer, § 51a WPO

- Grundsatzurteil des BGH
 - Berufsbild des WP und Treuhandtätigkeit
- (BGH Ur. v. 11. 3. 87 – IVa ZR 290/85)

Leitsätze (amtl.):

§ 2 WPO umschreibt den beruflichen Wirkungskreis des Wirtschaftsprüfers nicht erschöpfend.

§ 51a WPO findet auch bei treuhänderischer Verwaltungstätigkeit des Wirtschaftsprüfers Anwendung.

Unter „Ansprüchen aus dem... Vertragsverhältnis“ i. S. von § 51a WPO sind auch Ansprüche aus Verschulden beim Vertragsabschluß zu verstehen.

Leitsatz (d. Verf.):

Die treuhänderische Verwaltungstätigkeit ist mit dem Beruf des Wirtschaftsprüfers gem. § 43 Abs. IV Nr. 4 WPO vereinbar und gehört aus Gründen der geschichtlichen Entwicklung und der Verkehrsauffassung mit zum Berufsbild des Wirtschaftsprüfers.

Die Verjährung des Regreßanspruches i. S. § 51a WPO beginnt mit Entstehung des Schadenersatzanspruches. Der Geschädigte muß zumindest eine Feststellungsklage mit Aussicht auf Erfolg erheben können.

Regreßansprüche wegen fehlgeschlagener Kapitalanlagen entstehen spätestens mit Eröffnung des Konkursverfahrens über die Publikums-kommanditgesellschaft.

Aus den Gründen:

Verjährung des Regreßanspruches gem. § 51a WPO

Die Parteien streiten sich vor allem darum, ob die an den Kläger abgetretenen Schadenersatzansprüche verjährt sind oder nicht. Die Beklagte stützt die von ihr erhobene Verjährungseinrede einmal auf § 51a WPO, zum anderen beruft sie sich auf die Rechtsgrundsätze, die der II. Zivilsenat in Anlehnung an §§ 20 Abs. 5 KAGG, 12 Abs. 5 AuslandsinvestmentG für

die Verjährung von Ansprüchen aus Prospekthaftung aufgestellt hat (BGHZ 83, 222, 224). Unter dem ersten Gesichtspunkt ist die von der Revision erhobene Rüge begründet.

Nach § 51a WPO, der gemäß § 56 WPO sinngemäß für Wirtschaftsprüfungsgesellschaften gilt, verjährt der Anspruch des Auftraggebers auf Schadenersatz aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis in fünf Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Anspruch entstanden ist. Diese Vorschrift bezieht sich nicht nur auf solche Verträge, die eine betriebswirtschaftliche Prüfung zum Gegenstand haben, sondern auf alle Verträge, in denen sich ein Wirtschaftsprüfer zu einer Leistung verpflichtet, die zum Berufsbild des Wirtschaftsprüfers gehört (BGHZ 78, 335, 343).

Berufsbild des Wirtschaftsprüfers und § 2 WPO

Das hat das Berufungsgericht an sich richtig gesehen. Ihm kann aber nicht darin zugestimmt werden, daß das Berufsbild des Wirtschaftsprüfers ausschließlich durch § 2 WPO geprägt werde und der kurzen Verjährung nach § 51a WPO nur Ansprüche aus den sogenannten Vorbehaltungsaufgaben des Wirtschaftsprüfers im Sinne von § 2 WPO unterlägen.

Richtig ist, daß diejenigen Merkmale, die § 2 WPO unter der Überschrift „Inhalt der Tätigkeit“ auführt – die berufliche Aufgabe betriebswirtschaftlicher Prüfungen und die Bestätigungsvermerke (Abs. 1), die Befugnis zu steuerlicher Beratung (Abs. 2) und die Fähigkeit, als betriebswirtschaftlicher Sachverständiger aufzutreten (Abs. 3) –, das Berufsbild des Wirtschaftsprüfers nach der Wirtschaftsprüferordnung hauptsächlich und in erster Linie bestimmen. Weder dieser Vorschrift noch der Entstehungsgeschichte des Gesetzes sind jedoch hinreichende Anhaltspunkte dafür zu entnehmen, daß damit das Berufsbild des Wirtschaftsprüfers abschließend geregelt worden sei.

§ 2 WPO schließt nicht aus, auch eine darin nicht aufgeführte Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers seinem Berufsbild zuzuordnen, sofern sie nach dessen geschichtlicher Entwicklung und nach der Verkehrsauffassung dazu gehört. Das aber trifft für eine treuhänderische Verwaltung der hier vorliegenden Art zu. Eine solche Tätigkeit pflegt einem Wirtschaftsprüfer oder einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft gegebenenfalls gerade mit Rücksicht auf die berufsspezifische Sachkunde und Erfahrung auf betriebswirtschaftlichem Gebiet übertragen zu werden (vgl. auch die Urteile des VII. Zivilsents des Bundesgerichtshofes in BGHZ 97, 21, 25 und vom 10. 4. 1986 – VII ZR 214/85 – GI 1986, 120 m. Anm. = WM 1986, 940 zur Anwendung des § 68 StGB auf Schadenersatzansprüche gegen Steuer-

berater wegen Verletzung von Treuhandverträgen im Zusammenhang mit der Beteiligung an Bauherrenmodellen).

Treuhänderische Verwaltungstätigkeit

Der Zuordnung einer treuhänderischen Verwaltung zum Berufsbild des Wirtschaftsprüfers steht auch nicht entgegen, daß diese Tätigkeit (erst) in § 43 Abs. 4 Nr. 4 WPO ausdrücklich unter denjenigen Betätigungen aufgeführt ist, die mit dem Beruf des Wirtschaftsprüfers „vereinbar“ sind. Hätte das Gesetz damit ausschließen wollen, eine treuhänderische Verwaltung aus Gründen der geschichtlichen Entwicklung und unter Berücksichtigung der Verkehrsauffassung als mit zum Berufsbild des Wirtschaftsprüfers gehörend anzusehen, hätte dies nach Ansicht des Senats klarer zum Ausdruck kommen müssen. Gegen einen solchen Ausschluß spricht sogar deutlich, daß die Wirtschaftsprüferkammer – wenn auch nur in Ausnahmefällen und für vorübergehende Zeit – eine ausschließliche Tätigkeit in einem Treuhandverhältnis für „vereinbar“ erklären kann (§ 43 Abs. 4 Nr. 4 WPO).

Sinn, Zweck, Wortlaut des § 51 a WPO

Die Annahme, daß Schadenersatzansprüche aus einer treuhänderischen Verwaltung des Wirtschaftsprüfers, wie sie hier vorliegt, nach § 51 a WPO verjähren, wird auch durch den Wortlaut dieser Vorschrift selbst nahegelegt. Es sprechen keine durchschlagenden Gründe dagegen, insoweit einen Vertrag zwischen dem Auftraggeber und dem Wirtschaftsprüfer im Sinne dieser Bestimmung zu bejahen. Auf jeden Fall ist dies mit ihrem Wortlaut und ihrem Sinn und Zweck zu vereinbaren.

Vorvertragliche Regreßansprüche

Unterliegen aber somit Schadenersatzansprüche aus derartiger treuhänderischer Verwaltung des Wirtschaftsprüfers der kurzen Verjährung nach § 51 a WPO, dann muß die gleiche Verjährungsfrist auch für Ansprüche gelten, die sich auf ein Verschulden des Wirtschaftsprüfers bei der Anbahnung des Treuhandvertrages gründen (vgl. RGZ 129, 280, 282; BGHZ 57, 191, 197 f.; BGH Urt. v. 3. 7. 1969 – VII ZR 132/67 – NJW 1969, 1710).

Verjährungsbeginn gem. § 51 a WPO

Legt man der Entscheidung § 51 a WPO zugrunde, dann müssen die beiden im vorliegenden Rechtsstreit geltend gemachten Forderungen als verjährt angesehen werden.

Die Verjährung beginnt nach §51a WPO mit der Entstehung des Anspruchs. Entstanden ist der Anspruch, sobald der Geschädigte zum mindesten eine Feststellungsklage mit Aussicht auf Erfolg erheben kann (BGHZ 73, 363, 365 m.w.N.: Senatsurteil vom 18. 12. 1985 – IVa ZR 21/84 – GI 1986, 59 = VersR 1986, 267, 269 unter III.). Das war hier spätestens mit der Eröffnung des Konkursverfahrens im Jahre 1975 der Fall. Die fünfjährige Verjährungsfrist ist daher im Laufe des Jahres 1980 abgelaufen. Gerichtlich geltend gemacht wurden die Ansprüche jedoch erst im Jahre 1983.

Provisionszahlungen an Steuerberater

- Herausgabepflicht
 - Zahlung der Provision an Strohmannen bzw. sonstige Dritte
 - Weiterführende Hinweise zu Provisionszahlungen an Steuerberater
- (BGH Ur. v. 1. 4. 87 – IVa ZR 211/85)

Leitsätze (amtl.):

Der Steuerberater hat seinem Auftraggeber solche Sondervorteile herauszugeben, die ihm von dritter Seite zugewandt sind und eine Willensbeeinflussung zum Nachteil des Auftraggebers befürchten lassen.

Zur Behandlung von Zuwendungen an einen Strohmann.

Leitsätze (d. Verf.):

Zahlungen an den Strohmann des Steuerberaters stehen solchen unmittelbar an ihn gleich.

Bei Zahlungen an sonstige Dritte ist festzustellen, ob dem Steuerberater die Provisionen wirtschaftlich zufließen und sie deshalb seinem Vermögen hinzuzurechnen sind.

Aus den Gründen:

Steuerberatungsvertrag

Nach der zutreffenden Auffassung des Berufungsgerichts ist zwischen den Parteien ein **Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter** zustande gekommen. Dabei war die Tätigkeit des Beklagten nicht allein auf Steuerberatung beschränkt. Im Rahmen seiner vertraglichen Tätigkeit nahm er auch allgemein die Vermögensinteressen der Kläger wahr und wurde insbesondere zur Vermittlung des Erwerbs von Immobilien zum Zwecke der Steuerersparnis tätig. Dabei entwickelte sich ein enges Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien. Im Rahmen dieses Geschäftsbesorgungsvertrages gab er den Klägern vielfach Empfehlungen, bestimmte Immobilien zu erwerben, um Steuern zu sparen und gab den Vertreibern der Immobilien die genauen steuerlichen Umstände an, auf die die Projekte zugeschnitten sein sollten. Die Honorierung des Beklagten umfaßte nach den Feststellungen des Tatrichters sowohl die steuerberatende als auch die sonstige Tätigkeit des Beklagten. Entgegen der Auffassung der Revision sind damit alle tatbestandsmäßigen Merkmale einer Geschäftsbesorgungstätigkeit im Sinne des § 675 BGB beschrieben und festgestellt.

Pflicht zur Herausgabe von Provisionen

Ebensowenig begegnet es rechtlichen Bedenken, daß der Berufungsrichter den Beklagten zur Herausgabe an ihn gezahlter Provisionen für verpflichtet hält. Der Beklagte hat nach § 667 BGB alles herauszugeben, was er aus der Geschäftsbesorgung erlangt. Nach gefestigter Rechtsprechung gehören dazu auch solche Sondervorteile, die dem Beauftragten von dritter Seite zugewandt sind und eine Willensbeeinflussung zum Nachteil des Auftraggebers befürchten lassen; daß sie nach dem Willen des Dritten gerade nicht für den Auftraggeber bestimmt waren, bleibt dabei unbeachtlich (RGZ 164, 98; BGHZ 39, 1; BGH Urteile vom 14. 11. 1977 – II ZR 107/76 – WM 1978, 115 unter I 2 und vom 24. 2. 1982 – IVa ZR 306/80 – LM BGB § 662 Nr. 28 = WM 1982, 698 = NJW 1982, 1752). Der dafür erforderliche unmittelbare innere Zusammenhang der Provisionszahlung mit der Geschäftsbesorgung ist hier offensichtlich gegeben. Es liegt auf der Hand, daß der Beklagte durch seine Provisionsforderung zumindest stets in der Gefahr war, seine Anlageempfehlungen nicht allein an den Interessen der Kläger auszurichten. Unstreitig hatten diese keine Kenntnis von den Provisionszahlungen.

Provisionen an einen Strohmann

Provisionszahlungen an den Beklagten selbst stehen Zahlungen, die an einen Strohmann des Beklagten erfolgt sind, gleich. Das Reichsgericht hat das für den Fall einer Einmann-Gesellschaft ausgesprochen, die dazu benutzt wurde, dem Gesellschafter Vorteile in Form von Schmiergeldern zu verschaffen (RG DR 1940, 580).

Ebenso verhält es sich mit jeder Zuwendung an einen sonstigen Dritten, der die Gelder in Wahrheit nur für den Beauftragten entgegennimmt, sofern nur der Beauftragte der wirtschaftliche Inhaber des empfangenen Vermögenswertes bleibt. Ob es sich so verhält, hat der Tatrichter in freier Würdigung der gesamten Umstände des Falles zu beurteilen. Zwar trifft den Auftraggeber die Darlegungslast und die Beweislast dafür, daß der Beauftragte in Ausführung des Auftrags etwas erlangt hat und was er erlangt hat. Der Tatrichter ist aber nicht gehindert, aus dem Umstand, daß Provisionszahlungen auf Verlangen des Beauftragten an einen Dritten feststehen und der Beauftragte keine einleuchtende Erklärung für diese Zahlung zu geben vermag, auf die Strohmanneigenschaft des Dritten zu schließen.

Provisionen an sonstige Dritte

Anders verhält es sich dagegen, wenn die auf Weisung des Beauftragten an einen Dritten geleisteten Zahlungen auch bei einer wirtschaftlichen Betrachtungsweise dem Vermögen des Beauftragten nicht hinzuzurechnen sind. Das kann dann der Fall sein, wenn der Zuwendungsempfänger sie nicht für den Beauftragten bereit hält, vielmehr seinem eigenen Vermögen zuschlägt. Denn der Beauftragte hat nach dem Gesetz nur das in Ausführung des Auftrags Erlangte herauszugeben. Hat er im Austausch für die dem Dritten verschafften Zahlungen andere Vorteile erlangt, so sind diese herauszugeben. Läßt sich das nicht feststellen, so kommt ein Schadenersatzanspruch gegen den Beauftragten in Frage. Dieser Anspruch setzt allerdings voraus, daß dem Auftraggeber durch den dem Zahlungsempfänger gewährten Vorteil nach tatrichterlicher Überzeugung ein Schaden entstanden ist. Dieser Schaden kann etwa darin bestehen, daß dem Auftraggeber wegen des gewährten Vorteils eigene Versuche, den Kaufpreis zu drücken, mißlungen sind.

Nach diesen Grundsätzen hält das Berufungsurteil im Umfange der Aufhebung der rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

Zwar begegnet es keinen Bedenken, daß der Tatrichter an die Firma S. gezahlte Provisionen als an den Beklagten bezahlte behandelt. Das

Berufungsgericht stellt dazu fest, daß die Ehefrau des Beklagten Handlungsbevollmächtigte dieser Firma war. Der Beklagte hat keine Erklärung dazu abgegeben, weshalb die Zahlungen an diese Firma erfolgt sind. Deshalb hat der Senat die Verurteilung des Beklagten zur Herausgabe der an diese Firma erfolgten Zahlungen im Umfange der Nichtannahme der Revision gebilligt.

Bei seiner Nichtannahmeentscheidung ist der Senat ferner davon ausgegangen, daß die Ausführungen des Berufungsgerichts zur Hilfsaufrechnung des Beklagten keinen rechtlichen Bedenken beugen.

Wegen weiterer angeblich an die Firma S. gezahlter 25.000 DM nebst 13% Mehrwertsteuer kann die Verurteilung dagegen keinen Bestand haben. Insoweit hatte der Beklagte eingewendet, dieser Betrag stehe noch aus, er sei noch nicht an die Firma S. gezahlt. Der Einwand war erheblich, weil der Beklagte als Auftraggeber nur das Erlangte herauszugeben hat. Er hatte zum Beweis den Zeugen S. benannt. Das Berufungsgericht hat diesen Zeugen nicht vernommen und zur Begründung nur vermerkt, dem stünden die §§ 528 Abs. 2 und 527 ZPO entgegen. Damit fehlt eine für das Revisionsgericht nachprüfbare Begründung. Daß die Zurückweisung berechtigt gewesen wäre, liegt auch nicht ohne weiteres auf der Hand.

Auch die Verurteilung zur Herausgabe der Beträge, die an die Firma D. geflossen sind, ist nicht rechtsfehlerfrei begründet. Dazu führt das Berufungsgericht aus: Der Beklagte habe diese Provision bei seiner vertraglichen Tätigkeit für die Kläger unter Verwendung von deren Vermögen ausgehandelt. Die Zahlung auf ein von ihm angegebenes Konto könne ihn nicht befreien, zumal auch hier eine enge Beziehung zwischen ihm und der Firma D. bestanden habe und bestehe. Wenn sich der Beklagte in Erfüllung seiner Vertragspflicht gegenüber den Klägern dieser Firma bedient haben sollte, könne ihn eine etwaige Verpflichtung dieser Firma gegenüber nicht von seiner Herausgabepflicht nach § 667 BGB befreien.

Dabei verkennt der Berufungsrichter, daß es hier zunächst nicht um die Frage der Befreiung von einer Herausgabepflicht geht, daß vielmehr zunächst ein Herausgabeanspruch festgestellt werden muß. Dieser Anspruch setzt voraus, daß der Beklagte etwas im Sinne des § 667 BGB erlangt hat. Es hätte also einer Prüfung und Beurteilung bedurft, ob die Zahlungen an die Firma D. dem Beklagten in dem oben beschriebenen Sinne zuzurechnen sind. Dafür spricht zwar ein Verdacht, der Beklagte hatte jedoch dazu unter Beweisangeboten vorgetragen, er sei insoweit – wie in vielen anderen Fällen auch – im Rahmen seiner Zusammenarbeit

mit der Firma D. in deren Namen und für deren Rechnung aufgetreten. Dieses Vorbringen hätte tatrichterlich aufgeklärt und gewürdigt werden müssen. Es kann danach für die Revisionsinstanz zumindest nicht ausgeschlossen werden, daß der Beklagte die Provisionszahlungen in dem weiter oben beschriebenen Sinne nicht erlangt hat, daß ihm vielmehr nur andere – herauszugebende – Vorteile erwachsen sind, etwa Zuwendungen seitens der Firma D. Gegebenenfalls kommt auch ein Schadenersatzanspruch wegen Verletzung der Pflichten eines getreuen Beraters in Betracht.

Weiterführende Hinweise:

- | | |
|--|---|
| 1. Zur Berufspflichtverletzung bei Provisionsannahme im Falle des Beitritts von Mandanten zu einer Abschreibungsgesellschaft | LG Düsseldorf
Urt.v. 22.2.1977
– StL 1/71; vgl. auch
§ 57 Abs. 4 Nr. 1 StBerG
und Nr. 7 RichtlStB
Hinweise der Bundes-
steuerberaterkammer
v. 21./22.5.1984
„Steuerberater und
Steuerbevollmächtigte
als Treuhänder“, abge-
dr. in Berufsrechtliches
Handbuch 5.7 |
| 2. Zur Haftung von Steuerberatern und vergleichbaren Berufsangehörigen und zur Folge einer Provisionsannahme | NotaBene, Spezial-
information für steuer-
beratende Berufe,
Januar 1984 |
| 3. Zur Verpflichtung, Provisionen an den Mandanten zurückzuzahlen | LG Essen
Urt.v. 16.9.1982, n.rkr.,
StB 1983, S. 202 |
| 4. Zur Frage der Sittenwidrigkeit eines Provisionsversprechens, durch das ein Baubetreuer einem Steuerberater Vergütung dafür verspricht, daß der Steuerberater ihm Klienten zuführt | BGH Urt.v. 23.10.1980,
WM 1981, S. 90
= StB 1981, S. 96 |
| 5. Aufklärungspflicht des Steuerberaters bei Doppeltätigkeit und Honorarzahlung an ihn durch Dritte: „Bei der Beratung von Mandanten über steuersparende Anlageobjekte hat der Steuerberater klarzustellen, daß der Mandant Schuldner seines Honoraranspruchs ist, ob und welche Vereinbarungen bestehen und welche Zahlung der Anlagevermittler dem Steuerberater geleistet, zugesagt oder in Aussicht gestellt hat.“ | LG Düsseldorf
Urt.v. 26.3.1984,
45 StL 10/83; StB 1984,
S. 331 |

- | | |
|---|---|
| 6. Zur Regreßpflicht des Steuerberaters, wenn ein Teil der Provision an eine Gesellschaft der Ehefrau gezahlt wird | OLG Nürnberg
Urt. v. 25.9.1984,
GI 2/85 |
| 7. Zur Abgrenzung der Honorarzahlung durch Dritte von Provisionszahlungen an Steuerberater | OLG Hamm
Urt. v. 23.11.1983,
GI 14/85 |
| 8. Annahme von Provisionen oder sonstiger Sondervergütungen durch Mitglieder steuerberatender Berufe und deren Folgen | Pfeiffer/Lichtner
DB 1985, 1981 |

Haftung des Treuhänders

- Treuhandkommanditistin einer Publikums-KG
- Steuervorteile nach dem Entwicklungshilfesteuergesetz (LG Augsburg Urt. v. 3.12.1986 – 2 O 601/84)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Treuhänder hat sich Kenntnisse über die rechtlichen und wirtschaftlichen, insbesondere finanziellen Grundlagen der Publikums-KG zu verschaffen.
2. Der Treuhänder haftet für eine ordnungsgemäße Verwaltung des Gesellschaftsanteils. Er haftet nicht für die Tüchtigkeit des Managements der Publikums-KG. Fälschungshandlungen aus dem Geschäftsbereich werden ihm nicht zugerechnet.
3. Der Treuhänder kann einer Umplanung in ein 4-Sterne-Hotel zustimmen, wenn in Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung die ursprüngliche Planung eines 3-Sterne-Hotels überholt und wirtschaftlich nicht mehr durchsetzbar ist.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger verlangt von der Beklagten Schadenersatz wegen unterlassener Aufklärung über Risiken bei einer Beteiligung an einer Publikums-KG. Die Beklagte war die Treuhandkommanditistin. Der Kläger wollte unter Ausnutzung der Steuervorteile nach dem Entwicklungshilfesteuergesetz von 1968 ein Apartment in einem auf Teneriffa noch zu erbauenden Hotelkomplex erwerben. Der Kläger hält seinen Kapitaleinsatz für verloren. Er trägt vor, im Prospekt nicht über die Grundlagenrisiken aufgeklärt worden zu sein. Die Angaben über den Kapitalbedarf, die Finanzierbarkeit, die Bauzeit und die voraussichtliche Fertigstellung, wie auch die übrige Rentabilität seien unrichtig gewesen. Dies hätte die Beklagte bei ordnungsgemäßer Prüfung erkennen müssen.

Aus den Gründen:

Zu den Pflichten eines Treuhänders gehört, alles Erforderliche zu tun, um die Beteiligung der Anleger und ihren wirtschaftlichen Wert zu erhalten und zu mehren. Er ist deshalb gehalten, sich die Kenntnisse über die rechtlichen und wirtschaftlichen, insbesondere finanziellen Grundlagen der Gesellschaft zu verschaffen, die hierzu notwendig sind. Daraus aber eine so weite Nachforschungs- und Aufklärungspflicht zu entnehmen, wie dies der Kläger tut, verkennt den wirtschaftlichen und spekulativen Aspekt der Investition des Anlegers. Eine solche Aufklärungspflicht ist im Bereich des Anlegerschutzes **auch nicht angemessen, da Treuhänder nicht generell verpflichtet sein können, dem Anleger das gesamte Vertragsrisiko abzunehmen**. Jedem Anleger ist ohne weiteres bekannt, daß Anlagen im Ausland insbesondere dann einen erheblichen spekulativen Charakter haben, wenn durch entsprechende Steuergesetzgebung der Fluß von Risikokapital in derartige Anlagen gefördert wird. Der Vortrag des Klägers hierzu, er hätte eine vergleichbare Rendite jederzeit auch in anderer Form erhalten können, ist zum einen unsubstantiiert und zum anderen entspricht er nicht den wirtschaftlich allgemein bekannten Tatsachen.

Die vom Kläger behauptete, von Anfang an angeblich vorhandene Finanzierungslücke ist nicht nachgewiesen. Durch die Aussagen der Zeugen A. und B. ist vielmehr bewiesen worden, daß die Beklagte die Prospektangaben auf ihre Plausibilität hin sachgerecht überprüft hat. Der Zeuge A. hat hierzu bekundet, daß die Beklagte über mehrere Monate hinweg geprüft und verhandelt hat, bevor sie die Treuhandstellung übernommen hat. Die Beklagte hat sich auch durch ihre Mitarbeiter vor Ort über den Bautenstand informiert. Auch der Zeuge B. hat bekundet, daß

das Projekt planerisch bereits ausgereift war, als die Beklagte die Treuhandschaft übernommen hat und daß ihr die Kalkulationsunterlagen und sonstigen Berechnungen, die zum Teil durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft C. erstellt waren, vorgelegt wurden. Die Übernahme fremder Prüfungen seitens der Beklagten stellt keine Pflichtverletzung dar. Der Kläger, der dies als Pflichtverstoß gewertet haben möchte, zitiert hierzu die Entscheidung des BGH, abgedruckt in WM 1986, 517. Dort wurde vom Bundesgerichtshof die Übernahme fremder Prüfungsergebnisse zwar als Pflichtverstoß gewertet. Allerdings hatte in dem dort entschiedenen Fall die beklagte Bank damit geworben, daß sie die Anlage nochmals bankgemäß überprüft, also eine weitere Prüfung angestellt hat. Ein solcher Fall liegt hier jedoch nicht vor. Die Beklagte hat nicht damit geworben, daß sie die Angaben eines anderen Wirtschaftsprüfers nochmals überprüft hat.

Eine weiterführende Überprüfung des Investitionsplans und der Wirtschaftlichkeitsberechnung ist seitens der Beklagten nicht zu fordern. Der Kläger, der dies meint, verkennet hierbei die Rolle der Treuhänderin. Sie haftet lediglich für die sachgerechte Verwaltung des Gesellschaftsanteils. Sie haftet nicht für die Tüchtigkeit des Managements der T-KG. **Die Forderungen des Klägers würden dazu führen, daß die Treuhandkommanditistin den Aufgabenbereich Geschäftsführung der KG übernehmen müßte.** Dies ist rechtlich nicht möglich und nach den geschlossenen Verträgen auch für den Kläger erkennbar gewesen.

Soweit der Kläger rügt, daß das Grundstück im Dezember 1971 noch nicht im Eigentum der T-KG war, stellt dies aufgrund des Generalbauvertrages mit dem Grundstückseigentümer D. kein besonderes Risiko dar, über das die Beklagte hätte aufklären müssen. Es ist allgemein üblich, daß bei Bauverträgen bzw. Bauträgergeschäften bereits Zahlungen erfolgen, bevor die Eintragung als Eigentümer im Grundbuch erfolgt ist. Da im übrigen im November 1973 das Eigentum übertragen wurde, kann ein möglicher Schaden des Klägers nicht auf dieses Risiko zurückgeführt werden.

Es fehlt daher an der Kausalität zwischen Risiko und Schadeneintritt. Soweit sich der Kläger darauf beruft, daß zwischen dem Festpreisvertrag mit dem Generalbauunternehmer D. und den im Prospekt angegebenen Baukosten eine Differenz von mehr als 10 Millionen Mark vorliegt, kann auch dies nicht als schadenursächlich angesehen werden. Wie aus den Zeugenaussagen A. und B. zu entnehmen ist, war den Verantwortlichen der T-KG sowie auch der Beklagten durchaus bewußt, daß ein erheblicher Finanzspielraum in dieser größten Position des Finanzierungsplans enthalten war. Da aber bei einer Bauzeit von ein bis zwei Jahren und

der damalig hohen Inflationsrate in Spanien mit erheblichen **Kostenüberschreitungen** zu rechnen war, hätte es eine Verletzung der kaufmännischen Sorgfaltspflicht dargestellt, wenn hier die Summe zu niedrig kalkuliert gewesen wäre. Im übrigen beklagte sich der Kläger ja gerade darüber, daß in anderen Positionen dieser Spielraum nicht einkalkuliert war. Dies gilt insbesondere für die Positionen Gründungskosten, Managementkosten, Zinsen und Anlaufkosten. Daß bei den Vertriebskosten zu den 4.578.000 DM noch das Agio hinzuzurechnen ist, ergab sich aus dem Prospekt. Angesichts der im Prospekt angebotenen Finanzierungsart über die E-Bank kann sich der Kläger auch nicht darauf berufen, daß er persönlich kein Agio bezahlt hat. Der Kläger hat die Finanzierung über die E-Bank nicht in Anspruch genommen. Die tatsächlich Differenz zwischen dem kalkulierten Ansatz und den tatsächlichen Ausgaben beträgt daher nicht 2,7 Mio. sondern 1,1 Mio. DM.

Die gravierendsten Kostenüberschreitungen sind im Bereich Zinsen angefallen. Dies ergibt sich jedoch daraus, daß der ursprüngliche **Fertigstellungstermin** 1973 nicht eingehalten werden konnte und daher die Zwischenfinanzierung weitergeführt werden mußte. Angesichts der damaligen Hochzinszeit und des zu finanzierenden Betrages ergeben sich daher Unterschiede von über 2,3 Mio. DM. Diese Überschreitung war jedoch nicht vorauszusehen. Wie die Zeugen A. und B. ausgeführt haben, war zum Zeitpunkt der Übernahme der Treuhandstellung bzw. des Abschlusses des Vertrages mit dem Kläger noch nicht abzusehen, daß sich die Fertigstellung solange verzögern würde. Es sind für die Verzögerung insbesondere folgende Gesichtspunkte wesentlich:

In der Rohbauphase führten zum einen schwierige Untergründe bei der Fundamentierung zu Zeitverzögerungen, andererseits auch verzögerte Stahllieferungen aus Großbritannien. Wesentlicher jedoch ist noch, daß damals in Spanien und Teneriffa ein starker Bauboom im Hotelbereich eingesetzt hatte und die zunächst geplante Ausführung eines 3-Sterne-Hotels keinen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg mehr versprochen hätte. Es mußte daher umgeplant werden und eine aufwendigere Gestaltung im Sinne eines 4-Sterne-Hotels zur Ausführung gelangen. Es stellte hierbei nach Auffassung des Gerichts **keinen Fehler der Beklagten dar, dieser Umplanung zuzustimmen**. Als Treuhänderin auf einer sich als veraltet und wirtschaftlich nicht mehr durchsetzbar zu erkennenden Planung zu bestehen, würde die Interessen der Anleger mit Sicherheit gefährden. Durch die verbesserte Ausstattung des Hotels andererseits ist ein Vermögenszuwachs zu erzielen, der im Endeffekt ja wieder den Anlegern zugute kommen würde.

Soweit Organisationsmängel auf der Baustelle auf Teneriffa aufgetreten sind und Konventionalstrafen gegen den Generalbauunternehmer D. nicht durchsetzbar waren, fällt dies zum einen nicht in den Aufgabenbereich der Beklagten und war zum anderen von der Beklagten auch nicht voraussehbar.

Bezüglich der Anlaufkosten ergab sich ebenfalls eine deutliche Kostenüberschreitung. Hier waren in der Kalkulation lediglich 500.000,- DM berücksichtigt, während die tatsächlichen Anlaufkosten im Bereich von 2,7 Mio. DM gelegen sind. Hierzu hat der Zeuge A. jedoch glaubhaft ausgesagt, daß wie bei anderen derartigen Projekten davon ausgegangen worden war, daß die Hotelbetriebsgesellschaft, die erst noch gesucht werden mußte, einen erheblichen Teil der Anlaufkosten selbst übernehmen würde. Für den Fall, daß Verluste selbst hätten übernommen werden müssen, seien aber ganz anständige Reserven mit einkalkuliert gewesen.

Die Beklagte konnte auch nicht erkennen, daß die steuerlichen Voraussetzungen für eine Anerkennung nach dem Entwicklungshilfesteuergesetz nicht gegeben waren. Die Fälschung durch einen Verantwortlichen der T-KG kann nicht der Beklagten zugerechnet werden. Dieser Verantwortliche der T-KG war weder Erfüllungsgehilfe der Beklagten noch von der Beklagten mit der Erledigung bestimmter Angelegenheiten betraut. Es lag auch kein Anhaltspunkt für die Beklagte vor, daß hier ein Vertrag gefälscht sei. Die Beklagte durfte sich diesbezüglich auf die von der Oberfinanzdirektion Stuttgart ausgestellte vorläufige steuerliche Anerkennung im Schreiben vom Oktober 1971 verlassen. Der Kläger soll im übrigen durch die Einschaltung der Treuhänderin auch nicht besser gestellt werden, als dies ohne die Einschaltung eines Treuhänders in diesem Bereich zu erzielen wäre.

Auch ein Anspruch nach den Grundsätzen der positiven Vertragsverletzung ist nicht gegeben. Die Voraussetzung hierfür wäre eine Schlechterfüllung der Treuhandschaft; dies ist jedoch nicht nachgewiesen. Die Treuhänderin wurde vielmehr Mitte 1974 vorbehaltlos aus ihrer Stellung im Einvernehmen mit den Treugebern entlassen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte die Beklagte durch **regelmäßige Rundschreiben** über die Aktivitäten der Geschäftsführung und der Beklagten informiert. Daß hierin Falschinformationen gelegen hätten, ist nicht substantiiert vorgetragen. Der Anspruch des Klägers scheitert also bereits am fehlenden Nachweis einer Pflichtverletzung der Beklagten.

GI Leitsätze

Pflichten des Treuhänders einer Bauherrengemeinschaft

- Auskunftsrecht des Treugebers
- Einsichtsrecht in Bauherrenhauptkonto
- 1. Der Beteiligte an einer Bauherrengemeinschaft hat gegen den Treuhänder einen Anspruch auf Auskunft, wann für ihn Zahlungen, in welcher Höhe und an wen geleistet wurden.
- 3. Es besteht ein Recht auf Einsicht in das Bauherrenhauptkonto auch dann, wenn dabei Finanzierungsdaten der anderen Beteiligten der Bauherrengemeinschaft offenbar werden.

(OLG München Ur. v. 17.4.1986 – 1 U 6053/85)

Gebühren des Notars – Treuhandgelder

Ein Notar ist nicht befugt, seine in anderer Sache entstandenen Gebühren (hier: Scheidungsfolgenvereinbarung) aus einem bei ihm hinterlegten Grundstückskaufpreis von dem Anderkonto zu entnehmen.

(LG Koblenz Beschl. v. 4.3.1986 – 4 T 22/86 – WM 1986, 1038; rechtskr.)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–6, 1987)

Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp.		Geldstrafe/-buße	
– § 9 IV	87, 70	– Schaden	87, 24
Allgemeine Geschäftsbedingungen		Haftungsbeschränkung in AGB	
– Haftungshöchstsumme	87, 34	– Haftungshöchstsumme	87, 34
Anlageberatung		Honoraranspruch d. RA	
– Bonitätsprüfung	87, 51	– vorzeitige Beendigung des Mandats,	87, 35
– Liquiditätsbelastung	87, 51	§ 13 BRAGO	
– und Steuerberatungsvertrag	87, 51	– Herabsetzung des –, § 3	87, 34
– unentgeltliche –	87, 52	Abs. III BRAGO	
Antrag		– Pauschalhonorar	87, 34
– Investitionszulage	87, 20	– Verrechnung mit Anderkontengelder	87, 94
= zuständiges Finanzamt		(LS)	
Anwaltsvertrag		Honoraranspruch d. StB	
– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 35	– Buchführungsmandat	87, 9
Bauherrenmodell		– Verjährung	87, 9
– prospektierter Gesamtaufwand	87, 73	Konkursverwalter, Haftung des –	
– Treuhänder	87, 69	– Betriebsfortführung	87, 26
Belehrungspflicht		(LS)	
– Art der Belehrung	87, 66	Literatur- u. Rechtsprechungshinweise	
(LS)		– Honoraranspruch	87, 40
– Ende der –	87, 50	– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 40
= und Mandatsende		– Provisionszahlung an StB/Wp	87, 88
– über eigene Fehler	87, 49	– Verjährung § 68 StBerG/Treuhänder	87, 69
= schuldhafte Verletzung der –		– Wiedereinsetzung	87, 23
Berichtigung gem. § 173 AO		Mehrfachberufler, Wp/StB/RA	87, 67
– Mitarbeiterverschulden	87, 44	Mitverschulden (§ 254 BGB)	
(LS)		– für Unterschlagung durch ArbN	87, 6
– neue Tatsache	87, 44	Notar	
(LS)		– Gebühren des –	87, 94
Beweislast		(LS)	
– für Fehlberatung	87, 66, 80	– Sachverhaltsermittlung	87, 8
(LS)		– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
Buchführungsauftrag		– Treuhandgelder	87, 94
– Buchung ohne Beleg	87, 4	(LS)	
– Unterschlagungsentdeckung	87, 4	Prospekthaftung	
Darlegungslast		– bei Bauherrenmodell	87, 54
– Anlageberatungsvertrag	87, 45	– des nichtgenannten Prospektprüfers	87, 54
– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73	Prospektprüfer	
Dienstvertrag		– Vertrag mit Schutzwirkung	87, 54
– Anwaltsvertrag	87, 36	zugunsten Bauherren?	
Dritthaftung		– Warnpflicht wegen Bilanzbild?	87, 54
– Haftungsbeschränkung in AGB	87, 34	Provisionsgeschäfte	
– sittenwidrige, vorsätzliche	87, 27	– Rückforderung der	87, 85
Schädigung, § 826 BGB		– Zahlung an Strohmann	87, 86
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten	87, 27	Rechtsanwalt	
Dritter		– Bürogemeinschaft im Inkassobüro	87, 12
= Kreditgeberschutz	87, 27	(LS)	
= Zwischenabschluß	87, 27	Rechtsbeistand	
Fristenkontrolle		– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12
– unverschuldetes Säumnis/	87, 20	(LS)	
Brief an unzuständiges FA			

Rechtsberatung/Rechtsbesorgung

- Anwalts- und Inkassobüro 87, 12 (LS)
- Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht 87, 12 (LS)
- durch Schuldenregulierung 87, 12 (LS)
- durch Versicherungsmathematiker/ Rentenbescheid 87, 12 (LS)

Sachverhaltsermittlung 87, 8**Sachverständiger**

- Rechtsberatung durch 87, 12 (LS)

Schaden

- Anwaltskosten f. Strafverfahren 87, 24
- Geldbuße 87, 24
- Zinsschaden/Steuervorteil 87, 73

Steuerberatungsgesellschaft

- mit berufsfremdem Gesellschafter 87, 66 (LS)

Steuerberatungsgesetz

- § 4 Ziff. 5 87, 13
 - = durch Unternehmensberater
 - = unmittelbarer Zusammenhang 87, 14
- § 57
 - = Gebührenzahlung durch Dritte 87, 17, 19
 - = Unabhängigkeit 87, 17

Steuerberatungsvertrag

- und Anlageberatungsvertrag 87, 35
- Kündigung durch Mandanten 87, 35
- Schutzwirkung zugunsten Dritter 87, 32
- Zustandekommen des – 87, 52
 - = Indiz: Honorarzählung

Steuerhinterziehung

- Fortsetzungstat 87, 2
- Strafbefehl, Rechtskraft 87, 2
- USt-Erstattungsanspruch 87, 2
- Verjährung 87, 2

Testat

- Ordnungsmäßigkeit der Buchführung 87, 27
- Sorgfaltspflicht bei Erteilung von – 87, 27

Treuhänder

- Auskunftspflicht des – 87, 94 (LS)
- Einsichtsrecht des Treugebers 87, 94 (LS)
- prospektierter Gesamtaufwand 87, 73, 92
- Kenntnis der wirtschaftl. und rechtl. Grundlagen 87, 89
- Verjährung des Regreßanspruchs 87, 67, 81
- Verwaltung des Gesellschaftsanteils 87, 89
- Zustimmung zur Umplanung 87, 89

Unerlaubte Handlung

- sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB 87, 27

Unterschlagung

- Buchführungsmandat 87, 4
- Mitverschulden d. Mandanten 87, 6

Verjährung

- des Honoraranspruchs 87, 9

Verjährung (§ 51 a WPO)

- Mehrfachberufler 87, 67
- vorvertraglicher Regreßanspruch 87, 81
- Treuhand 87, 67, 81

Verjährung (§ 68 StBerG)

- Schadenentstehung 87, 47, 83
 - = Kapitalanlage
- Sekundäranspruch 87, 49
 - = Belehrungspflicht
 - = Verschulden 87, 49
- Treuhand 87, 67

Verschulden

- Belehrung über Fehler 87, 49

Versicherungsschutz

- Klagefrist § 12 Abs. III VVG 87, 26 (LS)

Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter

- zugunsten des Kreditgebers 87, 27
- Prospektprüfungsvertrag zugunsten des Bauherrn? 87, 54

Vertragsgestaltung

- Sicherungsübereignungsvertrag 87, 7

Vorsatz

- sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB 87, 27

Vorvertraglicher Regreßanspruch

- Verjährung des – 87, 83

Wiedereinsetzung

- Fristenkontrolle 87, 20
 - = falsches FA
 - = Kompensationsverschulden d. Gerichts/FA 87, 20
- Weiterleitung an zuständiges FA/Gericht 87, 20

Wirtschaftsprüfer

- Berufstätigkeit, § 2 I WPO 87, 67, 81
- Treuhand 87, 67, 81

BGH v. 28.1.1986 – I StR 611/85 = wistra 86, 142 = Anm. Würthwein wistra 86, 258	87, 2	LG Koblenz v. 4.3.1986 – 4 T 22/86 (rkr.) = WM 1986, 1038 = WuB VIII A § 15 BNotO 1.86, Reithmann	87, 94
BGH v. 2.7.1986 – 3 StR 87/86 = wistra 86, 257	87, 2	LG Marburg v. 29.1.1986 – 2 O 192/85	87, 51
BGH v. 1.10.1986 – IVa ZR 108/86 = VersR 1987, 39	87, 26 (LS)	LG Mosbach v. 14.2.1986 – KfH O 119/85 = RBeistand 1986, 127	87, 12 (LS)
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 138/84 = WM 1987, 85 = EBE 1987, 36 = JZ 1987, 466 m. Ahrens	87, 13	LG Saarbrücken v. 30.10.1986 – 3 O 417/85	87, 54
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 16/85 = WM 1987, 83 = EBE 1987, 40 = EWiR 84 Nr. 5 StBerG 1/87, 189 (Michalski) = JZ 1987, 466 m. Ahrens	87, 18	LAG Hamm v. 13.5.1986 – II Sa 2354/85 = RBeistand 1986, 166 m. Anm.	87, 12 (LS)
BGH v. 16.10.1986 – III ZR 67/85 = WM 1987, 245	87, 35	EG Düsseldorf v. 5.12.1985 – 4 EV 117/83 und 4 EV 32/85 = RBeistand 1986, 131	87, 12 (LS)
BGH v. 6.11.1986 – IX ZR 125/85	87, 7	BfR v. 7.10.1986 – IV R 133/84 = BStBl. 1987 II, 124	87, 55 (LS)
BGH v. 26.11.1986 – IVa ZR 86/85 = WM 1987, 257	87, 27	FG Düsseldorf v. 21.5.1986 – XI 388/79 F = NJW 1987, 344	87, 66 (LS)
BGH v. 4.12.1986 – IX ZR 47/86 = ZIP 1987, 115	87, 26 (LS)	FG Köln v. 10.12.1986 – X 317/83 F	87, 66 (LS)
BGH v. 5.2.1987 – IX ZR 65/86	87, 66 (LS)	Nds. FG v. 16.4.1986 – IX 312/81 – = Stbg 1987, 18	87, 44 (LS)
BGH v. 11.3.1987 – IVa ZR 290/85	87, 81	FG Rheinland-Pfalz v. 18.8.1986 – 2 K 131/85	87, 80 (LS)
BGH v. 1.4.1987 – IVa ZR 211/85	87, 84	OFD Frankfurt Vfg. v. 21.10.1986 – S 2134 A – 10 – St II 20; Wpg 1987, 47	87, 41
BGH v. 2.4.1987 – IX ZR 68/86	87, 80 (LS)		
OLG Düsseldorf v. 24.6.1986 – Ss 125/86 = wistra 86, 273	87, 2		
OLG Hamburg v. 10.12.1986 – V U 50/86 = EWiR § 68 StBerG 1/87 (Graf v. Westphalen)	87, 68		
OLG Koblenz v. 25.10.1985 – 8 U 1340/84	87, 3		
OLG Koblenz v. 3.12.1986 – 7 U 673/86	87, 45		
OLG Köln v. 14.5.1986 – 6 U 189/85	87, 9		
OLG München v. 17.4.1986 – 1 U 6053/85	87, 94 (LS)		
LG Augsburg v. 3.12.1986 – 2 O 601/84	87, 89		
LG Düsseldorf v. 16.5.1986 – 22 S 564/85 = RBeistand 1986, 129	87, 12 (LS)		
LG Düsseldorf v. 19.6.1986 – 14 O 11/86	87, 24		
LG Kleve v. 20.2.1987 – I O 340/86	87, 73		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.